

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Europaausschuss**

18. WP - 38. Sitzung

am Mittwoch, dem 29. April 2015, 10:00 Uhr,  
in Sitzungszimmer 139 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Peter Lehnert (CDU)

Vorsitzender

Volker Dornquast (CDU)

i.V. von Astrid Damerow

Rainer Wiegard (CDU)

Birte Pauls (SPD)

Regina Poersch (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Angelika Beer (PIRATEN)

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Zugang des Landtages zur Bundesratsdatenbank EUDISYS</b>	<b>5</b>
Antrag der Fraktion der PIRATEN <a href="#">Drucksache 18/1860</a>	
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW <a href="#">Umdruck 18/4328</a>	
Schreiben des Direktors des Bundesrats <a href="#">Umdruck 18/3022</a>	
<b>2. Bundesratsangelegenheiten</b>	<b>6</b>
hierzu: <a href="#">Umdrucke 18/4133</a> , <a href="#">18/4242</a> , <a href="#">18/4243</a> , <a href="#">18/4314</a>	
<b>3. Eine Strategie für den Nordseeraum entwickeln</b>	<b>7</b>
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW <a href="#">Drucksache 18/2496</a>	
Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN <a href="#">Umdruck 18/4066</a> (neu)	
Interfraktioneller Änderungsantrag <a href="#">Umdruck 18/4206</a>	
Bericht über die Sitzung des Vorstands der Nordseekommission am 4. März 2015 in Bergen/Norwegen <a href="#">Umdruck 18/4327</a>	

**4. Europäisches Jahr der Entwicklung** **8**

Antrag der Fraktion von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/2628](#)

Stellungnahme des Finanzministeriums

[Umdruck 18/4258](#)

**5. Prüfung der Wahrung der Subsidiarität** **9**

[Umdruck 18/4303](#)

**6. Bericht aus dem Ausschuss der Regionen** **10**

**7. Bericht der Landesregierung über die aktuelle Ausschreibung TEN-T** **11**

**8. Verschiedenes** **12**

Der Vorsitzende, Abg. Lehnert, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt. Der Ausschuss verständigt sich, den Antrag der Fraktion der PIRATEN „Für eine solidarische Flüchtlings- und Asylpolitik in Schleswig-Holstein, Deutschland und Europa - Asylgesetzgebungen anpassen“, [Drucksache 18/2449](#), und den Antrag der Fraktion der FDP „Bundesratsinitiative zur Schaffung eines modernen Einwanderungsrechts“, [Drucksache 18/2693](#), in der nächsten regulären Ausschusssitzung, am 10. Juni 2015, zu beraten. Abg. Beer legt Wert darauf, dass über den PIRATEN-Antrag dann abgestimmt wird.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Zugang des Landtages zur Bundesratsdatenbank EUDISYS**

Antrag der Fraktion der PIRATEN  
[Drucksache 18/1860](#)

(überwiesen am 13. Mai 2014)

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
[Umdruck 18/4328](#)

Schreiben des Direktors des Bundesrats  
[Umdruck 18/3022](#)

Herr Müller-Beck, Bevollmächtigter des Landes Schleswig-Holstein beim Bund, berichtet, es hätten umfängliche Gespräche auf Bundesebene stattgefunden. Der vom Schleswig-Holsteinischen Landtag gewollte Zugang des Landtags zur Bundesratsdatenbank EUDISYS könnte in Zukunft technisch möglich sein, eine klare Mehrheit der Bundesländer für einen solchen Zugang sei jedoch nach wie vor nicht erkennbar. Es sei nicht damit zu rechnen, dass der Gesetzentwurf zur Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten der Europäischen Union noch in diesem Jahr vorgelegt werde.

Abg. Poersch und Voss bringen den Änderungsantrag der Koalition, [Umdruck 18/4328](#), ein.

Der Ausschuss verabredet, seine Beratungen zu diesem Thema am 10. Juni 2015 auf der Grundlage der vorliegenden Anträge mit einer möglichst fraktionsübergreifenden Empfehlung an den Landtag abzuschließen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

### **Bundesratsangelegenheiten**

hierzu: [Umdrucke 18/4133](#), [18/4242](#), [18/4243](#), [18/4314](#)

Staatssekretär Müller-Beck führt aus, der Bundesrat werde sich am 8. Mai 2015 unter anderem mit folgenden Themen befassen: Pkw-Maut, Verbesserung der Finanzierung von mikrobiologischen Screening-Untersuchungen, Nachtragshaushalt des Bundes, Gesetzentwurf zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen und zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern, Gesetzentwurf zur Umsetzung der Protokollerklärung zum Gesetz zur Anpassung der Abgabenordnung an den Zollkodex der Union und zur Änderung weiterer steuerrechtlicher Vorschriften (Zerlegung der Gewerbesteuer für Windkraftenergieerzeuger). Der Bundesratsausschuss für Arbeit und Sozialpolitik solle zukünftig Ausschuss für Arbeit, Integration und Sozialpolitik heißen. Außerdem werde auf Initiative von Kanzlerin Merkel und Vizekanzler Gabriel am 8. Mai eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe zum Thema Flüchtlinge tagen. Mögliche Ergebnisse fänden Eingang in die Ministerpräsidentenkonferenz am 18. Juni 2015. Insgesamt gebe es auch auf Bundesebene Bewegung in der Flüchtlingsfrage.

Der Vorsitzende bittet die Landesregierung um eine schriftliche Stellungnahme zu den Auswirkungen des Zollkodexes/der Zerlegung der Gewerbesteuer für Offshore-Anlagen.

Abg. Beer fragt die Landesregierung nach ihrer Einschätzung, inwieweit das vom Landtag einstimmig beschlossene und von neun Bundesländern unterstützte Fracking-Verbot auf Bundesebene umgesetzt werde. Ferner bittet sie die Landesregierung um schriftliche Informationen zum heutigen Inselgipfel im Niedersächsischen Landtag und Stellungnahme zur Bundesratsinitiative Niedersachsens, nach der Inselgemeinden künftig mehr gegen Immobilienspekulanten unternehmen könnten.

Staatssekretär Müller-Beck weist darauf hin, dass es derzeit eine breite Ländermehrheit für das Verbot von Fracking gebe. Zum Inselgipfel sagt er eine schriftliche Antwort zu.

Der Ausschuss nimmt die aufgeführten Umdrucke zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

### **Eine Strategie für den Nordseeraum entwickeln**

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/2496](#)

(überwiesen am 22. Januar 2015 an den **Europaausschuss**, den Wirtschaftsausschuss und den Umweltausschuss- und Agrarausschuss)

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN

[Umdruck 18/4066](#) (neu)

Interfraktioneller Änderungsantrag

[Umdruck 18/4206](#)

Bericht über die Sitzung des Vorstands der Nordseekommission am 4. März 2015 in Bergen/Norwegen

[Umdruck 18/4327](#)

Europaministerin Spoorendonk begrüßt den interfraktionellen Antrag zur strategischen Zusammenarbeit im Nordseeraum, [Umdruck 18/4206](#). Die Nordseekommission, zu der sie dem Ausschuss mit [Umdruck 18/4327](#) einen Bericht vorlegt, sei für die regionale Zusammenarbeit unabdingbar.

Der Ausschuss will über die Anträge auf der Grundlage der Voten der beteiligten Ausschüsse am 10. Juni 2015 abstimmen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

### **Europäisches Jahr der Entwicklung**

Antrag der Fraktion von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/2628](#)

(überwiesen am 23. Januar 2015 an den **Europaausschuss** und den Umwelt- und Agrarausschuss)

Stellungnahme des Finanzministeriums

[Umdruck 18/4258](#)

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Antrag [Drucksache 18/2628](#) anzunehmen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

### **Prüfung der Wahrung der Subsidiarität**

[Umdruck 18/4303](#)

Abg. Beer spricht die Mitteilung der EU-Kommission „Rahmenstrategie für eine krisenfeste Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimaschutzstrategie“ an und teilt mit, dass der Vorarlberger Landtag am 8. April 2015 folgenden Beschluss gefasst hat:

„Es wird festgestellt, dass die Mitteilung der Kommission ‚Rahmenstrategie für eine krisenfeste Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimaschutzstrategie‘, KOM (2015)80, final vom 25.2.2015, mit dem Subsidiaritätsprinzip nicht vereinbar ist. Im Falle der Realisierung der Rahmenstrategie ist davon auszugehen, dass sie die freie Wahlmöglichkeit der Mitgliedstaaten zwischen verschiedenen Energieressourcen beeinträchtigt und einseitig fossile und atomare Energieträger begünstigt. Außerdem stünde sie der Umsetzung regionaler Initiativen, wie der Energieautonomie Vorarlberg, entgegen und würden derzeit vorhandene Umsetzungsspielräume und Fördermöglichkeiten für regionale Energieprojekte eingeschränkt.“

Sie möchte wissen, ob das schleswig-holsteinische Energieministerium ähnliche Bedenken gegen die Rahmenstrategie der EU habe.

Herr Fritsche, Referent in der Landtagsverwaltung für EU-Subsidiaritäts-Frühwarnsystem, kommt zu dem Ergebnis, dass das Subsidiaritätsprinzip hinsichtlich der Ermächtigungsgrundlage für die Energieunion nach dem vorgestellten Strategiepapier nicht verletzt werde. Ob die bisherigen Harmonisierungsvorschriften im Energiebereich genügen, müsse allerdings das Umweltministerium bewerten. Die Acht-Tage-Frist gelte hinsichtlich einer Stellungnahme zur Rahmenstrategie nicht.

Am Mittwoch, 20. Mai 2015, im Anschluss an die Vormittagssitzung des Landtags, will sich der Europaausschuss mit den oberösterreichischen Bedenken gegen die Rahmenstrategie der EU für eine krisenfeste Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimaschutzstrategie befassen ([Umdruck 18/4303](#), S. 8 unten). Hierzu erbittet der Ausschuss schriftliche Stellungnahmen des Umweltministeriums und der Landtagsverwaltung.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Bericht aus dem Ausschuss der Regionen**

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Bericht der Landesregierung über die aktuelle Ausschreibung TEN-T**

Herr Dr. Nägele, Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, berichtet, der Bund habe für Schleswig-Holstein die fünfte Schleusenkammer in Brunsbüttel und die Planungskosten für die Schienenanbindung der Fehmarnbelt-Querung als Kernobjekte angemeldet. Die Lübeck Port Authority habe zwei Studien und den Aufbau einer LNG-Infrastruktur zur Förderung angemeldet. Dänemark erwarte von der EU für den Bau der Fehmarnbelt- Querung erhebliche Zuschüsse. Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur beantrage Mittel für den Ausbau von Lkw-Stellplätzen an Bundesautobahnen.

Man erwarte nicht vor Mitte des Jahres das Signal von der EU, inwieweit die beantragten Maßnahmen bewilligt würden. Anfang Juni werde das Landeskabinett gemeinsam mit dem Kabinettschef des Präsidenten der EU-Kommission, dem Deutschen Botschafter und dem deutschen EU-Kommissar für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft in Brüssel tagen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Auch zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

Der Vorsitzende, Abg. Lehnert, schließt die Sitzung um 11:00 Uhr.

gez. Peter Lehnert  
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt  
stellv. Geschäfts- und Protokollführer